

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Zielsetzung

Die Förderung und Intensivierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien durch den Abbau steuerlicher Hindernisse.

B. Lösung

Das Abkommen vom 29. Juni 1973 enthält die hierfür erforderlichen Regelungen. Es ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Das vorliegende Vertragsgesetz soll die für die Ratifikation des Steuervertrages nötigen Voraussetzungen schaffen.

C. Alternativen

Es bestehen keine Alternativvorschläge.

D. Kosten

keine wesentlichen Auswirkungen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/4) — 521 05 — Do 16/74

Bonn, den 30. August 1974

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1). Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens und des Protokolls in deutscher und rumänischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 406. Sitzung am 31. Mai 1974 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Juni 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 29. Juni 1973 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und dem dazugehörenden Protokoll vom 29. Juni 1973 wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 24 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 24 Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Kalenderjahrs, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen deutschen und rumänischen Besteuerung insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 24 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Abkommen aus den Steuern, auf die sich das Abkommen bezieht, gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Gemäß Artikel 24 Abs. 2 findet das Abkommen nach seinem Inkrafttreten erstmalig auf die Steuern Anwendung, die für den Veranlagungszeitraum 1972 erhoben werden. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Aufnahme der Abkommensverhandlungen bereits etwas weiter zurückliegt. Um nunmehr die Abkommensvorteile auch im Rahmen der vorgesehenen Rückwirkung uneingeschränkt allen Steuerpflichtigen zukommen zu lassen, wird in dieser Vorschrift festgestellt, daß die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen der Abkommensanwendung nicht entgegensteht.

Falls im Einzelfall durch die Anwendung des Abkommens eine höhere Gesamtbelastung an deutscher oder rumänischer Steuer als nach den bis-

herigen Vorschriften eintritt, wird durch Absatz 2 dieses Artikels — ungeachtet sonstiger Verwaltungsmaßnahmen — eine rückwirkende Schlechterstellung des Steuerpflichtigen für die Zeit vor dem Inkrafttreten ausdrücklich ausgeschlossen.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher eine entsprechende Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 24 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet im Rahmen des vorliegenden Steuervertrages zwar in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder Gemeinden zufließen, braucht aber andererseits Steuerermäßigungen, mit deren Hilfe bisher eine Doppelbesteuerung vermieden werden sollte, gar nicht mehr oder zumindest nicht mehr in der bisherigen Höhe zu gewähren. Das daraus resultierende Mehr- oder Minderaufkommen dürfte hauswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Sozialistischen Republik Rumänien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Convenție
între Republica Federală Germania
și Republica Socialistă România
privind evitarea dublei impuneri asupra veniturilor și averii

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE SOZIALISTISCHE REPUBLIK RUMÄNIEN

REPUBLICA FEDERALĂ GERMANIA

și

REPUBLICA SOCIALISTĂ ROMÂNIA

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen, um ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, —

ÎN DORINȚA DE A ÎNCHEIA o convenție pentru evitarea dublei impuneri asupra veniturilor și averii, în vederea promovării relațiilor economice reciproce,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

AU CONVENIT URMĂTOARELE:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Articolul 1

Sfera de aplicare cu privire la persoane

Prezenta convenție se aplică persoanelor care au o reședință în unul sau în ambele state contractante.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die in den Vertragsstaaten gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten die Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Wertzuwachssteuern.

(3) Die zur Zeit bestehenden Steuern, die in den Anwendungsbereich dieses Abkommens fallen, sind:

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- die Einkommensteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer,
- die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer,
- die Vermögensteuer,
- die Grundsteuer und
- die Gewerbesteuer;

b) in der Sozialistischen Republik Rumänien:

- die Steuer vom Einkommen aus Löhnen, aus schriftstellerischen, künstlerischen und wissenschaftlichen

Articolul 2

Impozitele care cad sub incidența convenției

(1) Prezenta convenție se aplică, indiferent de modul de percepere, impozitelor pe venit și pe avere care se prelevă în statele contractante, în conformitate cu prevederile legale în vigoare.

(2) Sint considerate ca impozite pe venit și pe avere impozitele percepute pe venitul total, pe averea totală sau asupra unor părți de venit sau de avere, inclusiv impozitele asupra veniturilor provenind din înstrăinarea bunurilor mobile sau imobile, precum și impozitele asupra creșterii valorii.

(3) Impozitele actuale care cad sub incidența prezentei convenții sint următoarele:

a) în Republica Federală Germania:

- impozitul asupra venitului (die Einkommensteuer), inclusiv impozitul complementar la impozitul pe venit (Ergänzungsabgabe);
- impozitul asupra societăților (die Körperschaftsteuer), inclusiv impozitul complementar la impozitul asupra societăților (Ergänzungsabgabe);
- impozitul asupra averii (die Vermögensteuer);
- impozitul funciar (die Grundsteuer);
- impozitul profesional (die Gewerbesteuer).

b) In Republica Socialistă România:

- impozitul pe veniturile din salarii, din lucrări de litere, artă și știință, precum și veniturile din cola-

Werken, aus der Mitarbeit an Veröffentlichungen, aus künstlerischen Darbietungen, aus Gutachten sowie aus anderen Quellen;

die Steuer vom Einkommen der gemischten Gesellschaften, an welchen rumänische Wirtschaftsorganisationen und ausländische Partner beteiligt sind;

die Steuer vom Einkommen aus produktiver, handwerklicher und freiberuflicher Tätigkeit sowie vom Einkommen, das von nichtstaatlichen Unternehmen bezogen wird;

die Steuer vom Einkommen aus der Landwirtschaft;

Steuern von Gebäuden und städtischen Grundstücken sowie

Abgaben für Transportmittel.

(4) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete Gewerbesteuer, die in der Bundesrepublik Deutschland erhoben wird.

(5) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen, soweit erforderlich, mit.

Artikel 3

Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang keine andere Auslegung erfordert:

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder die Sozialistische Republik Rumänien;
- b) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ alle juristischen Personen einschließlich der gemischten Gesellschaften rumänischen Rechts oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten der Sozialistischen Republik Rumänien das Finanzministerium.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund

borări la publicații, la spectacole, din expertize și din alte surse;

— impozitul asupra veniturilor societăților mixte la care participă organizații economice române și parteneri străini;

— impozitul pe veniturile din activități productive — meserii, profesii libere — precum și din întreprinderi altele decât cele de stat;

— impozitul asupra veniturilor realizate din activități agricole;

— impozitul pe clădiri și terenuri din orașe;

— taxele asupra mijloacelor de transport.

(4) Dispozițiile prezentei convenții privind impozitul asupra veniturilor și asupra averii se aplică în mod corespunzător asupra impozitului profesional (Gewerbesteuer) perceput în Republica Federală Germania pe alte baze decât venitul sau averea.

(5) Această convenție se va aplica, de asemenea, impozitelor viitoare de natură identică sau analogă care se vor adăuga celor existente sau care le vor înlocui. Autoritățile competente ale statelor contractante își vor comunica reciproc, la finele fiecărui an, în măsura în care este necesar, modificările aduse legislației fiscale respective.

Articolul 3

Definiții generale

(1) În sensul prezentei convenții, în măsura în care contextul nu cere o interpretare diferită:

- a) expresiile „un stat contractant” și „celălalt stat contractant” indică, după context, Republica Socialistă România sau Republica Federală Germania;
- b) termenul „persoană” cuprinde persoanele fizice și societățile;
- c) termenul „societate” indică toate persoanele juridice, inclusiv societățile mixte prevăzute de legislația română sau subiectele de drept care sînt considerate ca persoane juridice în vederea aplicării impozitelor;
- d) expresiile „întreprindere a unui stat contractant” și „întreprindere a celuilalt stat contractant”, indică după caz, o întreprindere exploatată de o persoană care își are reședința într-un stat contractant sau o întreprindere care este exploatată de o persoană care își are reședința în celălalt stat contractant;
- e) expresia „autoritate competentă” indică, în Republica Socialistă România, Ministerul Finanțelor, iar în Republica Federală Germania, Ministerul Federal al Finanțelor.

(2) Pentru aplicarea convenției de către un stat contractant, orice expresie care nu este altfel definită prin convenție și în măsura în care contextul nu cere o interpretare diferită va avea sensul care i se atribuie de către legislația menționatului stat care reglementează impozitele făcînd obiectul convenției.

Articolul 4

Domiciliul fiscal

(1) În sensul prezentei convenții, expresia „o persoană care își are reședința într-un stat contractant” desemnează orice persoană care, în virtutea prevederilor legale

ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat.
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden, sowie die Waren selbst, einschließlich des Verkaufs solcher Waren im Anschluß an eine Messe;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- c) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen, Informationen zu beschaffen oder Werbung zu betreiben;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen wissenschaftliche Forschung zu betreiben, Auskünfte zu erteilen oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person

ale statului menţionat, este subiect de impunere în acest stat, datorită domiciliului său, reşedinţei sale, sediului conducerii sau pe baza oricărui alt criteriu de natură analogă.

(2) Dacă, conform dispoziţiilor paragrafului 1, o persoană fizică este rezidentă în ambele state contractante se aplică următoarele dispoziţiuni:

- a) Această persoană este considerată ca rezidentă a statului contractant în care are o locuinţă permanentă. Dacă ea are o locuinţă permanentă în fiecare din statele contractante, este considerată ca rezidentă a statului contractant cu care legăturile sale personale şi economice sînt cele mai strînse.
- b) Dacă nu se poate stabili în care din statele contractante persoana respectivă îşi are legăturile personale şi economice cele mai strînse, sau această persoană nu dispune de o locuinţă permanentă în nici unul din statele contractante, ea este considerată ca rezidentă a statului contractant în care locuieşte în mod obişnuit.

(3) Dacă, în conformitate cu dispoziţiile paragrafului 1, o persoană, alta decît o persoană fizică, este rezidentă în ambele state contractante, se consideră că reşedinţa ei este în statul contractant unde se află sediul conducerii efective a afacerilor sale.

Articolul 5

Sediu stabil

(1) În sensul prezentei convenţii, expresia „sediu stabil” indică o unitate permanentă a întreprinderii în care aceasta exercită în total sau în parte activitatea sa.

(2) Expresia „sediu stabil” cuprinde îndeosebi:

- a) un sediu al conducerii;
- b) o sucursală;
- c) un birou;
- d) o fabrică;
- e) un atelier;
- f) o mină, o carieră sau orice alt loc de extracţie a bogăţiilor naturale;
- g) un şantier de construcţie sau de montaj a cărui durată depăşeşte 12 luni.

(3) Nu se consideră sediu stabil:

- a) amenajările folosite exclusiv pentru depozitarea, expunerea sau livrarea de bunuri sau mărfuri ale întreprinderii, precum şi mărfurile însăşi, inclusiv vînzarea unor astfel de mărfuri după închiderea unui tirg;
- b) stocurile de bunuri sau mărfuri ale unei întreprinderi destinate exclusiv în scopul prelucrării lor de către o altă întreprindere;
- c) o unitate permanentă folosită exclusiv în scopul de a cumpăra bunuri sau mărfuri pentru întreprindere, culegere de informaţii, ori pentru reclamă;
- d) o unitate permanentă întreţinută exclusiv în scopul de a efectua cercetări ştiinţifice pentru întreprindere, să dea informaţii sau de a exercita activităţi similare care au un caracter pregătitor sau reprezintă o activitate auxiliară.

(4) Dacă o persoană — cu excepţia unui reprezentant independent în sensul paragrafului 5 — desfăşoară o activitate într-un stat contractant pentru o întreprindere a celui alt stat contractant, se consideră că există un sediu stabil în primul stat atunci cînd persoana este im-

eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Ubt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Ubt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Auf-

puternicită să încheie contracte în numele întreprinderii şi face uz de această imputernicire în mod obişnuit în acel stat, cu excepţia cazului în care îşi limitează activitatea la cumpărarea de bunuri sau mărfuri pentru întreprindere.

(5) O întreprindere a unuiia dintre statele contractante nu se consideră ca avînd un sediu stabil în celălalt stat contractant numai prin faptul că îşi exercită activitatea aici printr-un intermediar, un comisionar sau printr-un alt reprezentant independent, în măsura în care aceste persoane lucrează în cadrul activităţii lor comerciale în mod regulat.

(6) Faptul că o societate care îşi are reşedinţa într-un stat contractant controlează sau este controlată de o societate care îşi are reşedinţa în celălalt stat contractant sau îşi exercită în acel stat activitatea sa (fie printr-un sediu stabil sau în alt mod) nu este prin el însuşi suficient pentru a face ca una dintre cele două societăţi să devină un sediu stabil al celeilalte.

Articolul 6

Venituri din proprietăţi imobiliare

(1) Veniturile provenind din bunuri imobile sînt impozabile în statul contractant în care sînt situate aceste bunuri.

(2) Expresia „bunuri imobile” este definită în conformitate cu legislaţia statului contractant în care sînt situate bunurile respective. Expresia cuprinde, în orice caz, toate accesoriile bunurilor imobiliare, inventarul viu şi mort al exploatărilor agricole şi forestiere, drepturile asupra cărora se aplică dispoziţiile dreptului privat cu privire la proprietatea funciară, uzufructul bunurilor imobile, precum şi drepturile asupra remuneraţiilor variabile sau fixe pentru exploatarea sau concesionarea exploatării zăcămintelor minerale, izvoare şi alte bogăţii ale solului; navele şi aeronavele nu sînt considerate bunuri imobile.

(3) Dispoziţiile paragrafului 1 se aplică veniturilor obţinute din folosirea directă, din închiriere, arendare, precum şi din folosirea în orice altă formă a proprietăţii imobiliare.

(4) Prevederile paragrafelor 1 şi 3 se aplică, de asemenea, veniturilor provenind de la bunurile imobile ale unei întreprinderi şi veniturilor de la bunurile imobile folosite la exercitarea unei profesii libere.

Articolul 7

Beneficiile întreprinderilor

(1) Beneficiile unei întreprinderi a unui stat contractant sînt impozabile numai în acest stat, în afară de cazul cînd întreprinderea exercită activitatea sa în celălalt stat contractant printr-un sediu stabil aflat în acel stat. Dacă întreprinderea exercită activitatea sa în acest fel, beneficiile întreprinderii sînt impozabile în celălalt stat (al doilea), dar numai în măsura în care pot fi atribuite acelui sediu stabil.

(2) Dacă o întreprindere a unui stat contractant exercită activitatea sa şi în celălalt stat contractant printr-un sediu stabil aflat în acel stat, beneficiile vor fi atribuite în fiecare stat contractant acelui sediu stabil care le-ar fi putut realiza dacă ar fi exercitat, ca întreprindere independentă, o activitate identică sau similară în condiţii identice sau similare şi ar fi fost complet independent în relaţiile cu întreprinderea a cărei sediu stabil este.

(3) La stabilirea beneficiilor unui sediu stabil cheltuielile efectuate pentru acest sediu stabil, inclusiv chel-

wendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens genannt sind, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens der Schiff- oder Luftfahrt an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

Artikel 9

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Solange in einem Vertragsstaat der Steuersatz vom Gewinn einer Gesellschaft für den ausgeschütteten Gewinn niedriger ist als der Steuersatz für den nicht ausgeschütteten Gewinn und der Unterschied 20 vom Hundert oder mehr beträgt, darf abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in diesem Staat von den Dividenden erhoben wird, 25,75 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden betragen, wenn die Dividenden von einer in

tuielen de conducere şi cheltuielile generale de administrare, sînt admise la scădere, indiferent de faptul dacă s-au produs în statul în care se află sediul stabil sau în altă parte.

(4) În măsura în care într-un stat contractant este uzual ca beneficiile ce urmează să fie atribuite unui sediu stabil să fie determinate prin repartizarea beneficiilor totale ale întreprinderii între diferitele ei părţi componente, nici o dispoziţie a paragrafului 2 nu împiedică ca acest stat contractant să stabilească beneficiile impozabile în conformitate cu repartiţia uzuală; modul de repartizare adoptat trebuie, în orice caz, să fie astfel încît rezultatul să concorde cu principiile acestui articol.

(5) Simpla cumpărare de bunuri şi mărfuri pentru întreprindere de către un sediu stabil nu poate da loc la atribuirea de beneficii pentru acel sediu stabil.

(6) În vederea aplicării prevederilor paragrafelor precedente, beneficiile atribuibile unui sediu stabil se vor determina în fiecare an în acelaşi mod, afară de cazul cînd există motive suficiente de a proceda în alt fel.

(7) Dacă beneficiile cuprind venituri menţionate în alte articole ale prezentei convenţii, prevederile acelor articole nu sînt afectate de prevederile prezentului articol.

Articolul 8

Navigaţie maritimă, pe ape interioare şi aeriană

(1) Beneficiile provenind din exploatarea, în trafic internaţional, a navelor sau aeronavelor pot fi impuse numai în statul contractant în care se află locul conducerii efective a întreprinderii.

(2) Beneficiile provenind din exploatarea navelor în transporturi interne pe apă pot fi impuse numai în statul contractant în care se află locul conducerii efective a întreprinderii.

(3) Dispoziţiile paragrafelor 1 şi 2 se aplică în mod corespunzător şi participărilor pe care le are o întreprindere de transporturi aeriene sau navale într-un pool, o exploatare în comun sau o altă organizaţie internaţională de exploatare.

Articolul 9

Dividende

(1) Dividende plătite de către o societate care are o reşedinţă într-unul din statele contractante către o persoană care are o reşedinţă în celălalt stat contractant pot fi impuse în acest celălalt stat.

(2) Cu toate acestea, dividendele pot fi impuse şi în statul contractant în care societatea plătitoare de dividende are o reşedinţă potrivit legislaţiei acestui stat, impozitul nu poate însă depăşi:

- a) 10 la sută din suma brută a dividendelor dacă beneficiarul dividendelor este o societate (cu excepţia societăţilor de persoane) care deţine nemijlocit cel puţin 25 la sută din capitalul societăţii plătitoare de dividende;
- b) 15 la sută din suma brută a dividendelor, în toate celelalte cazuri.

(3) În măsura în care într-unul din statele contractante cota de impozit asupra beneficiului unei societăţi privitoare la beneficiul distribuit este mai mică decît cota de impozit pentru beneficiul nedistribuit, iar diferenţa este de 20 la sută sau mai mare, impozitul care este perceput în acest stat asupra dividendelor poate, prin derogare de la prevederile alineatului 2, să fie de 25,75 la sută din suma brută a dividendelor, dacă acestea provin de la

diesem Vertragstaat ansässigen Gesellschaft stammen und von einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Gesellschaft bezogen werden, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in dem erstgenannten Staat ansässigen Gesellschaft gehören.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einnahmen aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gewinnanteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einnahmen, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einnahmen aus Aktien gleichgestellt sind, einschließlich der Einnahmen aus Beteiligungen an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter im Sinne des Rechts der Bundesrepublik Deutschland, aus Gewinnobligationen oder aus partiarischen Darlehen sowie der Ausschüttungen auf die Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds).

(5) Die Absätze 1 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 10

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Betrages der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner in diesem Staat ansässig

o societate care își are sediul în acest stat contractant, sînt încasate de o societate care își are sediul în celălalt stat contractant și care, fie singură sau împreună cu alte persoane care o controlează sau cu care împreună este controlată, deține direct sau indirect cel puțin 25 la sută din părțile sociale cu drept de vot în societatea care își are sediul pe teritoriul primului stat.

(4) Termenul „dividende“, folosit în acest articol, indică veniturile provenind din acțiuni, drepturi de folosință sau titluri de folosință, acțiuni miniere, participări la beneficii sau alte drepturi cu participare la beneficii — cu excepția creanțelor — precum și alte venituri provenind din părțile sociale care, în conformitate cu legislația fiscală a statului în care societatea distribuitoare a beneficiului își are sediul sînt echivalente cu veniturile din acțiuni, inclusiv veniturile provenind din participări la o activitate comercială în calitate de asociat tacit în sensul dreptului Republicii Federale Germania, din obligații cu cistiguri sau din împrumuturi dînd dreptul la o participare a creditorului la beneficiile debitorului precum și din distribuirii asupra titlurilor de participare ale societăților de investiții de capitaluri (Investment fonds).

(5) Prevederile paragrafelor 1 și 3 nu se aplică, dacă beneficiarul dividendelor care își are reședința într-unul din statele contractante are un sediu stabil în celălalt stat contractant în care se află sediul societății plătitoare de dividende și dacă participarea pentru care se plătesc dividendele se referă efectiv la acel sediu stabil. În acest caz, se aplică prevederile articolului 7.

(6) Dacă o societate rezidentă a unui stat contractant realizează beneficii sau venituri în celălalt stat contractant, acest celălalt stat contractant nu poate percepe nici un impozit asupra dividendelor plătite de acea societate unor persoane care nu își au reședința în acest celălalt stat, nici să preleve impozite asupra beneficiilor nedistribuite ale societății, chiar dacă dividendele plătite sau beneficiile nedistribuite reprezintă, în total sau în parte, beneficii sau venituri realizate în acest celălalt stat.

Articolul 10

Dobînzii

(1) Dobînzile provenind dintr-un stat contractant și plătite unei persoane care are reședința în celălalt stat contractant pot fi impuse în acest celălalt stat contractant.

(2) Aceste dobînzii pot fi însă impuse și în statul contractant din care provin, în conformitate cu legislația acestui stat, dar impozitul astfel stabilit nu poate depăși 10 la sută din suma dobînzilor.

(3) Termenul „dobînzii“, folosit în prezentul articol, înseamnă veniturile din împrumuturi publice, din titluri de obligațiuni, indiferent dacă sînt cu participare la beneficii sau garantate ipotecar, veniturile care provin din creanțe de orice natură, precum și toate celelalte venituri care sînt asimilate de legislația fiscală a statului din care provin cu veniturile din împrumuturi.

(4) Prevederile paragrafelor 1 și 2 nu se aplică cînd beneficiarul dobînzilor, rezident al unui stat contractant, are în celălalt stat contractant din care provin dobînzile un sediu stabil și creanța pentru care se plătesc dobînzii aparține efectiv acelui sediu stabil. În acest caz, se aplică prevederile articolului 7.

(5) Dobînzile sînt considerate ca provenind dintr-un stat contractant atunci cînd debitorul își are reședința

ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 11

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogen werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Betrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist der Vertrag, auf Grund dessen die Lizenzgebühren zu zahlen sind, für Zwecke der Betriebsstätte geschlossen und trägt die Betriebsstätte diese Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht

in jenen Staat. Mit all diesen, dacă debitorul dobânzilor, indiferent dacă este sau nu rezident al unui stat contractant, are într-un stat contractant un sediu stabil și creanța pentru care se plătesc aceste dobânzi a fost contractată pentru trebuințele celui sediu stabil, iar dobânzile se plătesc de cel sediu, aceste dobânzi sînt considerate ca provenind din statul contractant în care este situat sediul stabil.

(6) Dacă între debitor și creditor sau între fiecare dintre ei și o terță persoană există relații speciale și din această cauză dobânzile plătite și evaluate conform creanței de bază depășesc suma pe care debitorul și creditorul ar fi plătit-o fără existența acestor relații, prevederile prezentului articol se aplică numai la această ultimă sumă. În acest caz, partea care excede poate fi impusă în conformitate cu legislația fiecărui stat contractant, ținîndu-se seama și de celelalte dispoziții ale prezentei convenții.

Articolul 11

Drepturile de licență

(1) Drepturile de licență care provin dintr-un stat contractant și sînt plătite unei persoane care își are reședința în celălalt stat contractant pot fi impuse numai în acest celălalt stat contractant.

(2) Aceste drepturi de licență pot fi însă impuse și în statul contractant din care provin, în conformitate cu legislația celui stat; impozitul nu poate însă depăși 10 la sută din suma reprezentînd drepturile de licență.

(3) Termenul folosit în acest articol de „drepturi de licență“ înseamnă remunerări de orice fel plătite pentru folosirea sau pentru concesiunea folosirii unor drepturi de autor asupra unor opere literare, artistice sau științifice, inclusiv filmele cinematografice, asupra brevetelor, mărcilor de fabrică, desene sau modele, planuri, formule sau procedee secrete sau pentru folosire ori concesiunea folosirii unor echipamente industriale, comerciale sau științifice ori pentru comunicarea de informații privitoare la o experiență dobîndită în domeniul industrial, comercial sau științific.

(4) Prevederile paragrafelor 1 și 2 nu se aplică dacă beneficiarul drepturilor de licență care își are reședința într-un stat contractant are în celălalt stat contractant din care provin drepturile de licență un sediu stabil și drepturile sau valorile patrimoniale pentru care se plătesc drepturile de licență aparțin efectiv celui sediu stabil. În acest caz se aplică prevederile articolului 7.

(5) Se consideră că drepturile de licență provin dintr-un stat contractant atunci cînd debitorul acestora este statul însuși sau o persoană care își are reședința în acel stat. Dacă, totuși, debitorul drepturilor de licență, indiferent dacă are sau nu reședința într-unul din statele contractante, are un sediu stabil într-un stat contractant, iar contractul pe baza căruia urmează să fie plătite drepturile de licență a fost încheiat pentru trebuințele sediului stabil și drepturile de licență sînt plătite de acest sediu stabil, se consideră că drepturile de licență provin din statul contractant în care se află acest sediu stabil.

(6) Dacă între debitor și creditor sau între fiecare dintre ei și o terță persoană există relații speciale și din această cauză drepturile de licență plătite și evaluate conform prestației de bază depășesc drepturile de licență pe care debitorul și creditorul le-ar fi convenit fără existența acestor relații, prevederile prezentului articol se aplică numai la această ultimă sumă. În acest caz, partea care excede poate fi impusă în conformitate

jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchrevisoren.

Artikel 13

Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich der Artikel 14 und 16 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 14

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Articolul 12

Profesiuni libere

(1) Veniturile realizate de către un rezident al unui stat contractant din exercitarea unei profesii libere sau din altă activitate independentă similară pot fi impuse numai în acest stat, afară de cazul când persoana dispune în mod obișnuit de un centru stabil pentru exercitarea activității sale în celălalt stat contractant. Dacă el dispune de un astfel de centru stabil, veniturile pot fi impuse în acest celălalt stat, dar numai în măsura în care pot fi atribuite acelui centru stabil.

(2) Expresia „profesiuni libere” cuprinde în special activitățile independente de ordin științific, literar, artistic, educativ sau pedagogic, precum și activitatea independentă a medicilor, avocaților, inginerilor, arhitecților, dentiștilor și contabililor.

Articolul 13

Salarii si alte forme de remunerare a muncii

Sub rezerva prevederilor articolelor 14 și 16 salariile și remunerațiile similare pe care o persoană care își are reședința într-un stat contractant le primește pentru muncă prestată ca angajat pot fi impuse numai în acel stat, în afară de cazul când munca este exercitată în celălalt stat contractant. Dacă munca este exercitată în acest stat, remunerațiile primite pot fi impuse în acest celălalt stat.

(2) Indiferent de prevederile paragrafului 1, remunerațiile pe care o persoană care își are reședința într-un stat contractant le primește pentru o muncă prestată ca angajat în celălalt stat contractant pot fi impuse numai în primul stat contractant dacă:

- a) beneficiarul nu locuiește în total în celălalt stat mai mult de 183 de zile în cursul anului calendaristic respectiv;
- b) remunerațiile sînt plătite de o persoană care angajează sau pentru o persoană care angajează și care nu își are reședința în celălalt stat;
- c) remunerațiile nu sînt plătite de către un sediu stabil sau de un centru stabil pe care cel care angajează îl are în celălalt stat.

(3) Indiferent de prevederile de mai sus ale prezentului articol, remunerațiile încasate pentru o muncă prestată ca angajat la bordul unei nave maritime sau aeronave în trafic internațional ori la bordul unei nave care servește transportului pe ape interioare, pot fi impuse în statul contractant în care este situat locul conducerii efective a întreprinderii.

Articolul 14

Remunerarea consiliilor de administrație și de conducere

Remunerațiile consiliilor de administrație și de conducere sau plățile similare pe care o persoană care își are reședința într-un stat contractant le primește în calitate de membru al unui consiliu de administrație sau de conducere al unei societăți care își are reședința în celălalt stat contractant pot fi impuse în acest celălalt stat contractant.

Artikel 15

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 12 und 13 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Einkünfte aus Tätigkeiten der in Absatz 1 genannten Art bei Personen, die im Rahmen des von den Vertragsstaaten gebilligten Kulturaustausches auftreten, nur in dem Staat besteuert werden, in dem sie ansässig sind.

Artikel 16

Öffentliche Kassen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gewährt werden, können in diesem Staat besteuert werden. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vergütungen an Personen gezahlt werden, die in dem anderen Staat ständig ansässig sind.

(2) Auf Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 13 und 14 Anwendung.

Artikel 17

Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

Ist eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begibt, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten) oder als sonstige Person zum Zweck der Fortbildung vorübergehend auf, so ist sie vom Tage ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit:

- a) hinsichtlich aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und
- b) während der Dauer von höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 6 000 DM oder deren Gegenwert in rumänischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die sie in dem anderen Vertragsstaat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

Artikel 18

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder

Articolul 15

Artiști și sportivi

(1) Veniturile pe care le realizează artiștii profesioniști cum sînt actorii de teatru, de cinematograf, artiștii de radio sau de televiziune, interpreții muzicali, precum și sportivii din activitatea exercitată personal în această calitate pot fi impuse în statul contractant în care aceste activități sînt exercitate. Prevederile articolelor 12 și 13 nu au aplicațiune în aceste cazuri.

(2) Prin derogare de la prevederile alineatului 1, veniturile realizate din activități de natura celor menționate la alineatul 1, de către persoane care dau spectacole în cadrul schimburilor culturale aprobate de statele contractante nu pot fi impuse decît în statul în care își au reședința acele persoane.

Articolul 16

Plăți din fonduri publice

(1) Remunerațiile, inclusiv pensiile, acordate de unul din statele contractante sau de una din colectivitățile teritoriale direct sau dintr-un patrimoniu special creat de către acel stat sau de o colectivitate teritorială unei persoane fizice pentru serviciile aduse acelui stat sau colectivității teritoriale prin exercitarea unor funcțiuni publice pot fi impuse în acel stat. Această dispoziție nu se aplică atunci cînd remunerația este plătită unei persoane fizice care domiciliază permanent în celălalt stat.

(2) În cazul remunerațiilor și pensiilor plătite pentru servicii prestate în cadrul unei activități comerciale sau industriale a unuia din statele contractante sau a uneia din colectivitățile sale teritoriale se aplică prevederile articolelor 13 și 14.

Articolul 17

Studenți și alte persoane în curs de instruire

Dacă o persoană fizică este rezidentă a unui stat contractant înainte de a merge direct în celălalt stat contractant și rămîne temporar în acest celălalt stat contractant exclusiv în calitate de student al unei universități, al altei instituții de învățămînt superior, al unei școli sau al unui alt institut de învățămînt similar din cel de al doilea stat contractant sau ca ucenic (în Republica Federală Germania inclusiv ca voluntar sau practicant) ori pentru perfecționare profesională, ea este scutită de impozit din ziua primei sosiri, în aceste scopuri, în cel de al doilea stat contractant, după cum urmează:

- a) pentru transferurile din străinătate destinate întreținerii, educării sau instruirii ei;
- b) pe timp de maximum trei ani pentru toate remunerațiile de pînă la 6.000 D.M. sau contravaloarea lor în valută română, pe an calendaristic, primite pentru munca pe care o exercită în celălalt stat contractant, cu scopul de a-și întregi mijloacele de întreținere, educare sau instruire.

Articolul 18

Bunuri

(1) Bunurile imobiliare în sensul prevederilor articolului 6, paragraful 2, pot fi impuse în statul contractant în care sînt situate aceste bunuri.

(2) Bunurile mobile care reprezintă mijloacele de exploatare ale unui sediu stabil al unei întreprinderi sau

das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Beseitigung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Sozialistischen Republik Rumänien und die in der Sozialistischen Republik Rumänien gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Sozialistischen Republik Rumänien besteuert werden können, soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft von einer in der Sozialistischen Republik Rumänien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

b) Die Steuer, die nach dem Recht der Sozialistischen Republik Rumänien und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die nachstehenden, aus Quellen innerhalb der Sozialistischen Republik Rumänien stammenden Einkünfte gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer angerechnet:

1. Dividenden im Sinne des Artikels 9, die nicht unter Buchstabe a fallen,
2. Zinsen im Sinne des Artikels 10,
3. Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 11,
4. Einkünfte im Sinne des Artikels 14,
5. Einkünfte im Sinne des Artikels 15.

(2) Bei einer in der Sozialistischen Republik Rumänien ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Auf die Steuer, die in der Sozialistischen Republik Rumänien von den aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünften und den in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerten erhoben wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Sozialistischen Republik Rumänien über die Anrechnung ausländischer Steuern die Steuer angerechnet, die

care aparțin unui centru stabil ce servește exercitării unei profesii libere pot fi impuse în statul contractant în care se află sediul sau centrul stabil.

(3) Navele maritime și aeronavele exploatate în trafic internațional și navele servind la navigația interioară, precum și bunurile mobile afectate exploatarei acestor nave și aeronave sînt impozabile numai în statul contractant în care se află locul conducerii efective a întreprinderii.

(4) Toate celelalte elemente ale averii unei persoane care își are reședința într-un stat contractant pot fi impuse numai în acel stat.

Articolul 19

Înlăturarea dublei impuneri

(1) Pentru o persoană care își are reședința în Republica Federală Germania:

a) Din baza de impunere a Republicii Federale Germania se exceptează veniturile provenind din surse aflate în Republica Socialistă România sau valorile patrimoniale aflate în Republica Socialistă România care, în conformitate cu prezenta convenție, pot fi impuse în Republica Socialistă România, în măsura în care nu sînt aplicabile prevederile de la litera b. Republica Federală Germania își rezervă dreptul să țină seama de veniturile astfel exceptate la stabilirea cotelor de impunere. Fraza 1 se aplică la dividende numai în cazul cînd dividendele sînt plătite de o societate care își are sediul în Republica Socialistă România unei societăți de capitaluri care își are reședința în Republica Federală Germania și care posedă cel puțin 25 la sută din părțile sociale cu drept de vot al primei societăți. Din baza de impunere pentru impozitul Republicii Federale Germania se exceptează, de asemenea, participările ale căror dividende, în conformitate cu fraza anterioară, sînt exceptate din baza de impunere sau ar fi exceptate la plată.

b) Impozitul care în conformitate cu legislația Republicii Socialiste România și în concordanță cu prezenta convenție se plătește pentru veniturile menționate mai jos, provenite din surse aflate în Republica Socialistă România, se ia în considerare la impozitul perceput în Republica Federală Germania asupra acestor venituri, ținînd seama de prevederile legislației fiscale a Republicii Federale Germania privitoare la luarea în considerare a impozitelor străine:

1. Dividendele în sensul articolului 9 care nu cad sub incidența prevederilor de la litera a;
2. Dobînzile, în sensul prevederilor articolului 10;
3. Drepturi de licență în sensul prevederilor articolului 11;
4. Veniturile în sensul prevederilor articolului 14;
5. Veniturile în sensul prevederilor articolului 15.

(2) Pentru o persoană care își are reședința în Republica Socialistă România, impozitul se stabilește în felul următor:

La impozitul care se percepe în Republica Socialistă România asupra veniturilor provenind din Republica Federală Germania și asupra valorilor patrimoniale aflate în Republica Federală Germania se ia în considerare, ținînd seama de prevederile legislației fiscale din Republica Socialistă România privitoare la luarea în considerare a impozitelor străine, impozitul care a fost plătit în

nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer der Sozialistischen Republik Rumänien übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

Artikel 20

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können für die Zwecke der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 21

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden gegenseitig die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen.

Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden mitgeteilt werden, die mit der Veranlagung und Erhebung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen,
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den geltenden Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschaffbar sind,
- c) Informationen, die ein Handels-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis, ein Geschäftsverfahren preisgeben würden, oder Informationen, deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche, zu erteilen.

Artikel 22

Diplomatische und konsularische Vorrechte

Dieses Abkommen berührt nicht die diplomatischen und konsularischen Vorrechte nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer internationaler Vereinbarungen.

conformitate cu legislația Republicii Federale Germania și în concordanță cu prezenta convenție.

Suma care urmează a fi luată în considerare nu trebuie să depășească totuși partea din impozitul Republicii Socialiste România aferentă acestor venituri, stabilită înainte de luarea în considerare.

Articolul 20

Procedura Amiabilă

(1) Când o persoană care își are reședința într-un stat contractant apreciază că măsurile luate de un stat contractant sau de ambele state contractante au avut sau vor avea ca urmare o impozitare care nu este conformă cu prezenta convenție, ea poate, indiferent de căile de atac prevăzute de legislația națională a acestor state, să supună cazul său autorității competente a statului al cărui rezident este.

(2) Dacă această autoritate competentă consideră că reclamația este întemeiată și dacă ea însăși nu este în măsură să aducă o rezolvare satisfăcătoare, se va strădui să rezolve cazul pe cale amiabilă cu autoritatea competentă a celui alt stat contractant, în vederea evitării unei impozitări care nu este conformă cu convenția.

(3) Autoritățile competente ale statelor contractante se vor strădui ca, de comun acord, să înlăture dificultățile sau îndoielile la care poate da loc aplicarea sau interpretarea convenției. Ele pot, de asemenea, să se consulte împreună în vederea evitării dublei impuneri în cazurile neprevăzute de convenție.

(4) Autoritățile competente ale statelor contractante pot comunica direct între ele în vederea aplicării dispozițiilor prezentei convenții.

Articolul 21

Schimb de informații

(1) Autoritățile competente ale statelor contractante vor face schimb de informații necesare aplicării prezentei convenții.

Toate informațiile obținute pe această cale vor fi ținute în secret și nu vor putea fi comunicate decît persoanelor sau autorităților care au sarcina stabilirii și încasării impozitelor vizante de prezenta convenție.

(2) Dispozițiile paragrafului 1 nu pot fi în nici un caz interpretate ca impunînd unuia din statele contractante obligația:

- a) de a lua măsuri administrative contrare prevederilor legislației sau practicii administrative proprii sau a celui alt stat contractant;
- b) de a furniza informații care nu ar putea fi obținute pe baza prevederilor legislației în vigoare sau în cadrul practicii administrative normale proprii sau a celui alt stat contractant;
- c) de a transmite informații care ar da la iveală un secret comercial, de afaceri, profesional sau un procedeu comercial ori informații a căror comunicare ar fi contrară ordinii publice.

Articolul 22

Privilegii diplomatice și consulare

Dispozițiile prezentei convenții nu afectează privilegiile diplomatice și consulare conforme cu regulile generale ale dreptului internațional sau stabilite pe baza unor acorduri internaționale speciale.

Artikel 23

Dieses Abkommen wird auch auf Berlin (West) ausgedehnt, entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. 9. 1971 in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren.

Artikel 24

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bukarest ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1972 und die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- b) in der Sozialistischen Republik Rumänien auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1972 und die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- c) in beiden Vertragsstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember 1971 gezahlt werden.

Artikel 25

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf des Jahres, das dem Jahr des Inkrafttretens folgt, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden:

- a) auf Veranlagungszeiträume, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahres beginnen;
- b) auf im Abzugsweg erhobene Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahres gezahlt werden.

GESCHEHEN zu Bonn am 29. Juni 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania
Scheel

Für die Sozialistische Republik Rumänien
Pentru Republica Socialistă România
Păţan

Articolul 23

Prezenta convenţie se extinde şi asupra Berlinului (occidental), conform Acordului cvadripartit din 3 septembrie 1971, în concordanţă cu procedurile stabilite.

Articolul 24

Intrarea în vigoare

(1) Prezenta convenţie necesită ratificarea; instrumentele de ratificare vor fi schimbate cât mai curând posibil, la Bucureşti.

(2) Prezenta convenţie va intra în vigoare în termen de o lună de la data schimbului instrumentelor de ratificare şi se va aplica:

- a) în Republica Federală Germania la impozitele care se percep pentru perioada de impunere pe anul 1972 şi următoarele perioade de impunere;
- b) în Republica Socialistă România la impozitele care se percep pentru perioada de impunere pe anul 1972 şi următoarele perioade de impunere;
- c) în ambele state contractante la impozitele realizate prin reţinere, din veniturile încasate după data de 31 decembrie 1971.

Articolul 25

Denunţarea

Prezenta convenţie va rămâne în vigoare pe o durată nedeterminată, dar fiecare stat contractant va putea să denunţe convenţia, în scris, pe cale diplomatică fată de celălalt stat contractant, până la data de 30 iunie a fiecărui an calendaristic, după expirarea anului care urmează anului în care convenţia a intrat în vigoare; în acest caz convenţia nu se mai aplică:

- a) la perioadele de impunere care încep după data de 31 decembrie a anului în care s-a făcut denunţarea;
- b) la impozitele realizate pe cale de reţinere din veniturile încasate după data de 31 decembrie a anului în care s-a făcut denunţarea.

INCHEIATA la Bonn la data de 29 iunie 1973, în două exemplare originale, în limbile germană şi română, fiecare text avînd aceeaşi valabilitate.

Protokoll

Protocol

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Sozialistische Republik Rumänien

Republica Federală Germania
și
Republica Socialistă România

Haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 29. Juni 1973 in Bonn die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens bilden.

Cu prilejul semnării convenției intervenite între ambele state, privitoare la evitarea dublei impuneri pe venit și pe avere, au stabilit, de comun acord, la data de 29 iunie 1973 la Bonn următoarele prevederi care fac parte integrantă din această convenție:

(1) Zu den Artikeln 2 und 19

Bei der Anwendung dieser Artikel in der Sozialistischen Republik Rumänien gilt die Gewinnabgabe der rumänischen staatlichen Unternehmen als Steuer der Sozialistischen Republik Rumänien im Sinne dieser Artikel.

(1) Privitor la articolele 2 si 19

La aplicarea prevederilor acestor articole în Republica Socialistă România beneficiul pe care întreprinderile de stat române îl varsă la bugetul de stat se consideră ca impozit al Republicii Socialiste România în sensul acestor articole.

(2) Zu Artikel 5

Eine Bauausführung, die in einem Vertragsstaat von einem Unternehmen des anderen Vertragsstaats unterhalten wird, gilt nicht als Betriebsstätte, wenn ihre Dauer 18 Monate nicht überschreitet. Diese Regel gilt nur für den in Artikel 24 genannten Veranlagungszeitraum und die vier folgenden Veranlagungszeiträume.

Einrichtungen von Presse-, Rundfunk- und Fernsehunternehmen gelten nicht als Betriebsstätten, wenn die eingeholten Informationen ausschließlich dem Unternehmen übermittelt werden, das die Einrichtungen unterhält.

(2) Privitor la articolul 5

Un șantier de construcții care este întreținut într-un stat contractant de o întreprindere a celui alt stat contractant nu se consideră sediu stabil dacă durata sa nu depășește 18 luni. Această regulă este aplicabilă numai pentru perioada de impunere menționată de articolul 24 și pentru următoarele patru perioade de impunere.

Centrele stabile de presă, radio și televiziune nu se consideră sedii stabile dacă informațiile culese sînt transmise exclusiv întreprinderii care întreține acele centre stabile.

(3) Zu Artikel 7

Bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns einer Betriebsstätte sind Entgelte, die ein Bauunternehmen an ein Subunternehmen für von diesem ausgeführte Arbeiten leistet, nach Maßgabe des Rechts des Staates, in dem die Betriebsstätte liegt, als Betriebsausgaben abzugsfähig.

(3) Privitor la articolul 7

La stabilirea venitului impozabil al unui sediu stabil, plățile făcute de o întreprindere de construcții unei subantreprize pentru lucrările efectuate de aceasta pot fi scăzute ca fiind cheltuieli ale întreprinderii în conformitate cu legislația statului în care se află sediul stabil.

(4) Zu Artikel 9

Es besteht Einverständnis, daß die in der Sozialistischen Republik Rumänien nach Artikel 13 des Dekrets Nr. 425 vom 2. November 1972 erhobene Steuer von den ins Ausland überwiesenen Gewinnanteilen aus den Gemischten Gesellschaften als Steuer anzusehen ist, die von Dividenden im Sinne des Artikels 9 Absatz 4 erhoben wird.

(4) Privitor la articolul 9

Există consensul că impozitul perceput în Republica Socialistă România potrivit articolului 13 din Decretul 425 din 2 noiembrie 1972 asupra părților din beneficiul societăților mixte transferat în străinătate, este considerat ca impozit pe dividende în sensul articolului 9 paragraful 4.

(5) Zu Artikel 13

Bei einer Person, die in einem Vertragsstaat nach Artikel 4 ansässig ist und im anderen Vertragsstaat vorübergehenden Aufenthalt im Sinne des Artikels 13 Absatz 2 nimmt, um in diesem Vertragsstaat bei einer Bauausführung, die von einem Unternehmen des erstgenannten Staates unterhalten wird, als Arbeitnehmer dieses Unternehmens tätig zu sein, tritt an die Stelle der in Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a genannten Frist die Dauer vorübergehenden Aufenthalts, sofern dieser Aufenthalt die Frist nicht überschreitet, innerhalb deren die Bauausführung nach dem Schlußprotokoll zu Artikel 5 keine Betriebsstätte begründet.

(5) Privitor la articolul 13

În cazul unei persoane care își are reședința într-un stat contractant conform prevederilor articolului 4 și locuiește temporar în celălalt stat contractant în sensul articolului 13 paragraful 2, ca să exercite în acest al doilea stat contractant o activitate pe un șantier de construcții ca angajat al unei întreprinderi din primul stat contractant care întreține acel șantier, în locul termenului prevăzut de articolul 13 paragraful 2 litera a, se ia în considerare durata șederii temporare, în măsura în care această ședere nu depășește termenul înăuntrul căruia, în conformitate cu prevederile protocolului final privitoare la articolul 5, un șantier nu se consideră că este un sediu stabil.

Diese Regel gilt nur für den in Artikel 24 genannten Veranlagungszeitraum und die vier folgenden Veranlagungszeiträume.

(6) Zu Artikel 19

Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens gilt nur dann, wenn die Betriebsstätte oder die Gesellschaft, an der die Beteiligung besteht, ihre Einnahmen ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden innerhalb der Sozialistischen Republik Rumänien ausgeübten Tätigkeiten bezieht: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Dienstleistung oder Bank- bzw. Versicherungsgeschäfte. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b anzuwenden; bei der Besteuerung des Vermögens ist die in der Sozialistischen Republik Rumänien erhobene Steuer von den in der Sozialistischen Republik Rumänien gelegenen Vermögenswerten nach Maßgabe der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer anzurechnen.

(7) Zu Artikel 20

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten sich auf Verlangen gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Steuergesetze und beraten bei erheblichen Änderungen gemeinsam, um festzustellen, ob Änderungen des Abkommens erwünscht sind.

Această regulă este valabilă numai pentru perioadele de impunere menționate la articolul 24 și pentru următoarele patru perioade de impunere.

(6) Privitor la articolul 19

Prevederile articolului 19 paragraful 2 litera a ale prezentei convenții se aplică numai în cazul când sediul stabil sau societatea în care există participarea obține veniturile sale exclusiv sau aproape exclusiv din următoarele activități exercitate în Republica Socialistă România: fabricarea sau vânzarea de bunuri sau mărfuri, prestări de servicii tehnice, afaceri de bancă sau de asigurări. În cazul când aceste condiții nu sînt îndeplinite, se vor aplica prevederile articolului 19 paragraful 2 litera b; în cazul impunerii averii, impozitul încasat în Republica Socialistă România asupra valorilor patrimoniale va fi scăzut din impozitul perceput în Republica Federală Germania potrivit prevederilor legislației fiscale a Republicii Federale Germania privitor la deducerea impozitelor percepute în străinătate.

(7) Privitor la articolul 20

Autoritățile competente ale statelor contractante se vor informa reciproc, la cerere, privitor la modificările importante survenite în legislația lor fiscală și se vor consulta în comun pentru a stabili dacă sînt necesare modificări ale convenției.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania
Scheel

Für die Sozialistische Republik Rumänien
Pentru Republica Socialistă România
Pățan

Denkschrift zum Abkommen

Das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien, das am 29. Juni 1973 in Bonn unterzeichnet wurde, ist nach dem am 18. Dezember 1972 unterzeichneten Abkommen mit Polen der zweite Steuervertrag, der mit einem sozialistischen Staat abgeschlossen wurde.

Die Initiative zu den Verhandlungen ging ursprünglich von der rumänischen Seite aus, ausgelöst durch die steigende Betätigung rumänischer Unternehmen bei Bauausführungen und Montagen in der Bundesrepublik und die damit verbundene deutsche Besteuerung. Ersten Expertengesprächen im Juni 1971 in Bonn schlossen sich weitere Verhandlungen bereits im September 1971 in Bukarest und dann im November 1972 in Bonn an, die dann im Juni 1973 mit der Paraphierung erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Das deutsch-rumänische Abkommen ähnelt weitgehend dem Abkommen mit der Volksrepublik Polen (vgl. BR-Drucksache Nr. 313/74), d. h. es lehnt sich zwar systematisch sehr stark an das von der OECD empfohlene Musterabkommen und damit an das Schema der meisten anderen von der Bundesrepublik bereits abgeschlossenen Abkommen an, weicht hiervon jedoch ab, wo dies auf Grund der Verschiedenartigkeit der beiderseitigen Wirtschaftssysteme angebracht erschien.

Aus deutscher Sicht verdient vor allem die Bedeutung der Regelung für die Besteuerung von Gewinnrückflüssen aus deutschen Beteiligungen an rumänischen Unternehmen (sog. joint ventures) in den Artikeln 2 und 9 hervorgehoben zu werden, da Rumänien bereits Rahmenvorschriften für derartige gemischte Gesellschaften erlassen hat und schon erste Kooperationsverträge zwischen deutschen und rumänischen Firmen abgeschlossen wurden. Hier dürfte das Abkommen schon in naher Zukunft seine Funktion als Wegbereiter für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten erfüllen können.

Im übrigen galt auch in diesem Abkommen der Frage der Besteuerung von Bauausführungen und Montagen bzw. des dort beschäftigten Personals ein ganz besonderes Augenmerk.

Die hierfür gefundene Regelung, wonach die Frist, bei der eine Baustelle und Montage noch nicht als Betriebsstätte angesehen wird, und die Frist, nach deren Ablauf dem Tätigkeitsstaat das Besteuerungsrecht für die Gehälter des Baustellenpersonals zusteht, vorübergehend, d. h. 5 Jahre lang, von 12 auf 18 Monate verlängert wird, stellt einen Kompromiß zwischen den sehr verschieden gelagerten beiderseitigen Interessen in dieser Frage dar, der sich sowohl wettbewerbsspolitisch als auch den anderen

Vertragspartnern der Bundesrepublik gegenüber vertreten läßt.

Schließlich wurde auch in der Frage der Abgrenzung der Besteuerungsrechte bei Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen Quellenstaat und Wohnsitzstaat durch eine spürbare Einschränkung bei der Besteuerung im Quellenstaat eine Lösung gefunden, die nicht zuletzt sicherlich auch das Investitionsklima günstig beeinflussen dürfte.

In seinem Mechanismus lehnt sich der Steuervertrag voll und ganz an die von der Bundesrepublik bereits mit anderen Staaten abgeschlossenen Abkommen an, d. h. die Doppelbesteuerung wird im Wohnsitzstaat — allerdings unter Anwendung des Progressionsvorbehalts — grundsätzlich durch Freistellung und nur in Ausnahmefällen durch Anrechnung vermieden.

Das Abkommen läßt sich wie folgt aufgliedern:

In Artikeln 1 bis 5 werden der Geltungsbereich sowie die für seine Anwendung erforderlichen Definitionen geregelt. In den Artikeln 6 bis 18 werden die Besteuerungsrechte für die einzelnen Einkünfte bzw. Vermögenswerte zwischen Wohnsitzstaat und Quellenstaat abgegrenzt, während Artikel 19 die näheren Bestimmungen darüber enthält, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellenstaat oder Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die Artikel 20 bis 25 enthalten schließlich die in Abkommen dieser Art üblichen Vorschriften wie z. B. über ein Diskriminierungsverbot, die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten bei der Durchführung des Abkommens, das Inkrafttreten und eine etwaige Kündigung des Vertrages. Außerdem ist dem Abkommen ein Protokoll mit einigen ergänzenden Bestimmungen beigegeben.

Zu den Abkommensregelungen läßt sich im einzelnen folgendes sagen:

Zu Artikel 1

Diese Vorschrift steckt den Personenkreis ab, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Hierin werden die Steuern aufgeführt, auf die sich das Abkommen bezieht.

Zu Artikel 3

Diese Vorschrift enthält die für die Abkommensanwendung erforderlichen allgemeinen Definitionen der darin verwandten Begriffe sowie die übliche Regel, nach der das jeweilige nationale Recht subsidiär bei der Auslegung der Abkommensvorschriften heranzuziehen ist.

Zu Artikel 4

Diese Vorschrift steckt durch eine Definition des Begriffs der Ansässigkeit einer Person und eine Regelung für die Fälle der Doppelansässigkeit einer Person den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens näher ab.

Zu Artikel 5

Hier wird in weitgehender Anlehnung an das Musterabkommen der OECD der für die Besteuerung gewerblicher Gewinne (vgl. Artikel 7) maßgebende Begriff der Betriebsstätte näher umschrieben. Durch Ziffer 2 des Protokolls wird die hiernach geltende Regelung, daß eine Bauausführung oder Montage nach 12 Monaten eine Betriebsstätte begründet, allerdings vorübergehend, d. h. für 5 Jahre, dahingehend abgewandelt, daß diese Wirkung erst nach 18 Monaten eintritt.

Zu Artikel 6

Hierdurch wird — in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD — das Besteuerungsrecht für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen dem Staat zugeteilt, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Diese Vorschrift enthält in Absatz 1 den international allgemein üblichen Grundsatz, daß ein Staat die gewerblichen Gewinne eines Unternehmens aus dem anderen Staat nur insoweit besteuern darf, als diese Gewinne durch eine Betriebsstätte erzielt wurden, die sich in seinem Gebiet befindet.

In den Absätzen 2 bis 7 ist die Ermittlung und Zuordnung der Betriebstättengewinne sowie die Frage der Abgrenzung der Betriebstätteneinkünfte von anderen Einkünften im einzelnen geregelt, wobei auch hier die Bestimmungen des OECD-Musterabkommens übernommen wurden.

Zu Artikel 8

Diese Bestimmung teilt das Besteuerungsrecht für Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr entsprechend allgemeiner deutscher Vertragspraxis abweichend vom Betriebstättenprinzip allein dem Staat zu, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Zu Artikel 9

Nach diesem Artikel erhält grundsätzlich der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für Dividenden. Dem Quellenstaat verbleibt jedoch ein Besteuerungsrecht, das im Fall einer Ausschüttung der Dividenden an eine wesentlich (d. h. zu mehr als 25 v. H.) beteiligte Gesellschaft auf 10 v. H. und in allen anderen Fällen auf 15 v. H. des Bruttobetrag der Dividenden beschränkt ist.

Soweit bei der 1. Alternative die deutsche Muttergesellschaft hinsichtlich dieser Dividende das Schachtelprivileg genießt (vgl. Artikel 19) verbleibt es bei dieser Besteuerung in Höhe von 10 v. H. In allen übrigen Fällen wird die Quellensteuer bis zu ihrer jeweils zulässigen Höhe auf die Steuer im Wohnsitzstaat angerechnet.

Bei Ausschüttungen einer deutschen Tochtergesellschaft an eine wesentlich beteiligte rumänische Muttergesellschaft bleibt die deutsche Kapitalertragsteuer zum vollen Satz von 25 v. H. zuzüglich der Ergänzungsabgabe aufrechterhalten (vgl. Absatz 3). Hierdurch wird der Tatsache Rechnung getragen, daß der ausgeschüttete Gewinn bei der deutschen Tochtergesellschaft nur mit 15 v. H. versteuert wird und die rumänische Muttergesellschaft nicht — wie die deutsche Muttergesellschaft in diesem Falle — der deutschen Nachsteuer in Höhe von 36 v. H. unterworfen ist (Hinweis auf die Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 — BT-Drucksache 448 S. 2 — 3. Wahlperiode).

Die übrigen Absätze des Artikels 9 befassen sich mit ergänzenden Fragen wie etwa der Definition des Ausdrucks „Dividenden“ und der Abgrenzung zu anderen Einkünften.

Zu Artikel 10

Hiernach wird das Besteuerungsrecht für Zinsen — ähnlich wie bei Dividenden — dahingehend aufgeteilt, daß dieses Recht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zusteht, dem Quellenstaat jedoch ein auf 10 v. H. begrenztes Besteuerungsrecht verbleibt. Darüberhinaus enthält Artikel 10 noch einige ergänzende Bestimmungen, wie eine Definition der Zinsen und ihres Ursprungs, die dem OECD-Muster entsprechen.

Zu Artikel 11

Diese Vorschrift regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren ähnlich wie in den beiden vorangegangenen Artikeln durch Aufteilung des Besteuerungsrechts zwischen Wohnsitzstaat und Quellenstaat, wobei letzterem ein Recht zur Besteuerung der Lizenzentnahmen in Höhe von 10 v. H. verbleibt.

Hinzu kommen, wie auch bei der Regelung von Dividenden und Zinsen, noch einige ergänzende Bestimmungen, die eine reibungslose Durchführung dieser Abkommensbestimmung sicherstellen sollen.

Zu Artikel 12

Nach diesem Artikel steht das Besteuerungsrecht für Einkünfte aus selbständiger Arbeit — wie auch nach dem OECD-Musterabkommen — grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Der andere Staat erhält entsprechend dem Betriebstättenprinzip bei gewerblichen Gewinnen nur dann und insoweit das Recht zur Besteuerung solcher Einkünfte, als der Steuerpflichtige dort regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Zu Artikel 13

Nach dieser Vorschrift werden in Anlehnung an die entsprechende Regelung im OECD-Musterabkommen Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit vorbehaltlich der Artikel 14 und 16 grundsätzlich in dem Staat besteuert, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird, es sei denn, der betreffende Arbeitnehmer hält sich in dem anderen Staat nicht länger als 183 Tage auf.

Diese Bestimmung wird allerdings durch Ziff. 5 des Protokolls dahingehend ergänzt, daß die Frist von 183 Tagen für das auf Baustellen und Montagen eingesetzte Personal für eine Übergangszeit von 5 Jahren auf 18 Monate verlängert wird.

Zu Artikel 14

Wie auch nach dem OECD-Musterabkommen werden hiernach Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert, in dem die zahlende Gesellschaft ihren Sitz hat.

Zu Artikel 15

Abgesehen von den Fällen des staatlich gebilligten Kulturaustauschs, wo der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht behält, wird nach dieser Vorschrift das Besteuerungsrecht für Künstler, Sportler etc. dem Staat zugewiesen, in dem diese ihre Tätigkeit ausüben.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel sieht vor, daß Vergütungen, die aus einer öffentlichen Kasse eines Vertragsstaates gezahlt werden, unabhängig davon, wo die nichtselbständige Arbeit ausgeübt wurde, nur in diesem Staat besteuert werden dürfen. Im Fall von Personen, die im anderen Staat ständig ansässig sind oder ihre Vergütungen im Rahmen einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaates erhalten haben, verbleibt es allerdings bei der Grundregel des Artikels 13.

Zu Artikel 17

Um den Austausch von Studenten oder anderen, in Aus- oder Fortbildung stehenden Personen zu fördern, bleiben hiernach die von diesen Personen bezogenen Unterhalts- und Ausbildungsgelder sowie während eines Zeitraumes von 3 Jahren auch andere Vergütungen bis zu einer bestimmten Höhe im Gastland steuerfrei.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel weist das Recht zur Vermögensbesteuerung grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu (Absatz 4).

Entsprechend der Regelung für die Besteuerung der betreffenden Einkünfte verbleibt das Besteuerungsrecht für unbewegliches Vermögen und das Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, allerdings beim Belegenheitsstaat. Außerdem dürfen Schiffe und Luftfahrzeuge sowie das bewegliche Vermögen, das deren Betrieb dient, nur im Sitzstaat des Unternehmens besteuert werden.

Zu Artikel 19

Diese Vorschrift enthält die Regelung zur Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat hinsichtlich der Einkünfte und Vermögenswerte, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 1

a) Bei Personen, die in der Bundesrepublik ansässig sind, werden die Einkünfte und Vermögenswerte, die nach dem Abkommen in Rumänien besteuert werden können, entsprechend der ständigen deutschen Abkommenspraxis grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt. Die freigestellten Einkünfte und Vermögensteile werden allerdings bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige, der deutschen Besteuerung weiterhin unterworfen Einkommen und Vermögen berücksichtigt (sog. Progressionsvorbehalt). Die Freistellung erfaßt bei wesentlichen Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 v. H.) deutscher Kapitalgesellschaften an rumänischen Gesellschaften die Körperschaftsteuer und Gewerbeertragsteuer von Dividenden sowie die Vermögensteuer und die Gewerbekapitalsteuer von der Beteiligung selbst. Damit wird — in Übereinstimmung mit der ständigen deutschen Abkommenspraxis — das interne deutsche Schachtelprivileg auf Beteiligungen an rumänischen Tochtergesellschaften ausgedehnt. Ziffer 6 des Protokolls stellt durch Beschränkung der Freistellung auf produktive Geschäftstätigkeit sicher, daß hierdurch keine ungerechtfertigten Steuervorteile im Rahmen internationaler Einkommens- und Vermögensverlagerungen erlangt werden können. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, wird in der Bundesrepublik nur die tatsächlich in Rumänien entrichtete Steuer auf die deutsche Steuer angerechnet.

b) Bei bestimmten Einkünften wie Dividenden, die nicht unter das Schachtelprivileg fallen, Zinsen, Lizenzgebühren, Aufsichtsratsvergütungen und Einkünften der Künstler und Sportler wird anstelle einer Freistellung die rumänische Steuer auf die in der Bundesrepublik anfallende Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet.

Absatz 2

Bei Personen, die in der Sozialistischen Republik Rumänien ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung generell dadurch vermieden, daß die nach dem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland gezahlte Steuer auf die rumänische Steuer angerechnet wird.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel enthält die für eine reibungslose Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Vertragsstaaten. Dazu gehört u. a. die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zwischen den jeweils zuständigen Behörden, um im Einzelfall Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstanden, sind in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel, der wie auch Artikel 20 im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen entspricht, regelt den zur Abkommensdurchführung erforder-

lichen Austausch von Informationen zwischen den jeweils zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll erstmalig für das Jahr 1972 angewendet werden.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens in diesem Fall.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Gegen das Doppelbesteuerungs-Abkommen mit der Sozialistischen Republik Rumänien bestehen erhebliche Bedenken. Dieses Abkommen räumt den Bauunternehmen aus Rumänien weitergehende Präferenzen ein als in dem Musterabkommen der OECD vorgesehen (Protokollnotiz zu Artikel 5 des Abkommens). Für eine solche abweichende Behandlung ist kein Grund ersichtlich.

Die deutsche Bauwirtschaft steht in hartem Konkurrenzkampf und wird, wie die Vergangenheit gezeigt hat, von den osteuropäischen Bauunternehmen immer wieder unterboten. Solange dies wettbewerbsneutral geschieht, ist dagegen nichts einzuwenden. Die vorgesehene steuerliche Begünstigung kann jedoch eine Wettbewerbsverzerrung darstellen, weil nicht auszuschließen ist, daß den rumänischen Unternehmen seitens ihres Staates besondere steuerliche Erleichterungen gewährt werden.

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Das Doppelbesteuerungsabkommen mit Rumänien gehört zu den ersten Steuerverträgen der Bundesrepublik mit Staatshandelsländern. Es zeigt, daß es möglich ist, auch mit einem Staat völlig anderer Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der üblichen deutschen Vertragspraxis (OECD-Musterabkommen) zu steuerlichen Vereinbarungen zu kommen.

Die Besteuerung von Bau- und Montagestellen weicht insofern von der herkömmlichen Abkommenskonzption ab, als für eine Übergangszeit von fünf Jahren der Staat, in dem sich die Bau- oder Montagestelle befindet, nicht bereits bei 12monatiger, sondern erst bei 18monatiger Dauer der Bau- oder Montagestelle ein Besteuerungsrecht hat. Die gleiche Frist gilt für das Baustellenpersonal. Diese Regelung soll die in der ersten Phase des Aufbaus und der Entwicklung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen im Vordergrund stehenden Bau- und Montagetätigkeiten von Steuerhemmnissen ent-

lasten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Abkommensregel zweiseitig wirkt. Sie gilt also auch für deutsche Unternehmen, die in Rumänien, z. B. auf dem Sektor des Anlagenbaus, tätig werden. Die Zielsetzung, bei den in Frage kommenden Unternehmen vor allem die Anfangsschwierigkeiten im anderen Staat zu mildern, wird dadurch unterstrichen, daß die Regelung auf fünf Jahre befristet ist. Durch die vereinbarte rückwirkende Anwendung des Abkommens ab 1972 endet die Übergangsfrist bereits 1976. Von dann ab gilt die Normallösung, wie sie sich in allen vergleichbaren Abkommen findet.

Die Übergangslösung für die Bau- und Montagestellen will einer Interessenlage gerecht werden, die nur vorübergehend besteht. Sie bedeutet keine auf Dauer zu sehende Umorientierung der deutschen Abkommenspolitik. So ist z. B. in dem paraphierten Abkommen mit Jugoslawien eine derartige Sonderregelung nicht enthalten.